

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	7
Geleitwort von Wolfgang R. Langenbucher.....	11
Vorwort.....	15
1. Einführung.....	17
2. Peter Glotz und die SPD.....	29
2.1 Die sozialdemokratischen Medien aus historischer Sicht.....	39
2.2 Veränderungen der technischen und medienpolitischen Rahmenbedingungen.....	56
2.3 Das Zusammenspiel von Medien, Öffentlichkeit und Politikvermittlung.....	82
3. „Wer sagt was auf welchem Kanal?“ Parteipolitische Machtkämpfe um die Medien.....	99
3.1 Die Kampagne gegen den WDR 1971-1976.....	113

3.2 Die Nivellierung der bayerischen Rundfunkordnung 1972/73.....	121
3.3 Die Auseinandersetzungen um den NDR.....	129
4. Medienpolitische Positionen der SPD.....	147
4.1 Die „Droge im Wohnzimmer“. Über Fernsehkonsum, Gewaltdarstellungen und den Schutz der Familie.....	155
4.2 „Kommerzialisierung gleich Programmverflachung?“ Über den Wirtschaftsfaktor Fernsehen.....	176
5. Medienpolitik nach der „geistig-moralischen Wende“.....	199
5.1 Die Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts 1981 und 1984.....	233
5.2 Die Kabelpilotprojekte und die Medienstrategie der Länder.....	241
6. „Den Tiger reiten“. Peter Glotz' Strategie für die SPD- Medienpolitik.....	279
Literaturverzeichnis.....	34

1. Einführung

Als die Ministerpräsidenten der Länder im April 1987 den neuen Medienstaatsvertrag paraphierten, ging damit ein jahrelanges, zähes Ringen um die Einführung des dualen Rundfunksystems in der Bundesrepublik zu Ende. Mit der Vertragsunterzeichnung änderte sich die deutsche Medienlandschaft grundlegend und dauerhaft. Waren bisher die private Presse und ein öffentlich-rechtlich organisierter Rundfunk die Koordinaten des Mediensystems, entstanden nun zusätzlich auch privatwirtschaftlich organisierte Hörfunk- und Fernsehsender als Teil eines neuen dualen Rundfunksystems. Kein anderes Ereignis hat die bundesdeutsche Rundfunkordnung so maßgeblich verändert wie die Einführung dieses Systems mit der Zulassung privater Rundfunkveranstalter. Es wurden mehr Programme produziert, es entstanden neue Beteiligungsgesellschaften unter Einbeziehung der Verlagshäuser, die Fernsehnutzung veränderte sich weg von der Senderbindung hin zu einer stärker selektiven Programmauswahl, sodass sich schließlich auch die öffentlich-rechtlichen Sender bis zu einem gewissen Grad der neuen Konkurrenz anpassen mussten.¹ Sahen die Deutschen vor der Einführung des privaten Rundfunks im Durchschnitt rund zwei Stunden täglich fern, waren es zum Ende der neunziger Jahre schon über drei Stunden pro Tag.² Möglich geworden war dies durch den Ausbau der Kabel- und Satellitentechnologie sowie durch Liberalisierungstendenzen der deutschen Verfassungsrechtsprechung und die zunehmende Vereinheitlichung auf dem europäischen Medienmarkt. Peter Glotz beschrieb die Debatten um den Rundfunk im Vorwort eines von ihm schon 1987 herausgegebenen Sammelbandes: „Das Ringen um den Staatsvertrag war vordergründig ein schwer durchschaubarer Ringkampf von Bürokraten, Landespolitikern, Rundfunkfunktionären und Kapitalmanagern; in Wirklichkeit aber, wie der Kampf um die ‚Preßreform‘ im neunzehnten Jahrhundert oder der Fernsehstreit der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts ein Machtkampf um das Bewußtsein und Unterbewußtsein der Menschen.“³ Damit ist schon die zentrale Hypothese dieser Arbeit genannt, nämlich dass die medienpolitische Diskussion über die Einführung des privaten Rundfunks in erster Linie eine machtpolitische Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU war.

-
- 1 Vgl. Jürgen Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 23.
 - 2 Michael Meyen, *Mediennutzung. Mediaforschung, Medienfunktionen, Nutzungsmuster*, Konstanz 2004, S. 117.
 - 3 Peter Glotz, Vorwort, in: ders./Reinhold Kopp (Hrsg.), *Das Ringen um den Medienstaatsvertrag der Länder*, S. 7–11, hier S.11.

Medienpolitik war und ist immer auch Machtpolitik. Frei nach der berühmten Lasswell-Formel: „Who says what in which channel to whom with what effect?“⁴, bemühten sich die Parteien zunehmend um Einfluss auf den Rundfunk, sei es über die Rundfunkräte oder über Kritik an Fernsehsendungen, Journalisten oder Sendeformaten. Spätestens seit der Veröffentlichung der „Schweigespiralen-Theorie“ von Elisabeth Noelle-Neumann waren die Parteien von dem wahlentscheidenden Einfluss des Fernsehens überzeugt. Sie diskutierten über Sendezeiten, Mitbestimmungsrechte in den Fernsehräten oder die Art der Berichterstattung über die Parteien und einzelne Politiker. Während die SPD den konservativen Ton des ZDF missbilligte, warfen die Christdemokraten den Medien allgemein und den öffentlich-rechtlichen Anstalten im Besonderen einseitige, „linke“ Berichterstattung vor, die auch zu den Misserfolgen bei Bundestagswahlen geführt hätten. Dadurch wurde die Einführung „der scheinbar unpolitischen Privatsender bei allen Beteiligten als ein Politikum angesehen“.⁵

Die Sozialdemokratie tat sich mit der Frage des dualen Rundfunks besonders schwer. Einerseits wollte sie sich als „Fortschrittspartei“ nicht gegen die technischen Entwicklungen stellen, andererseits wehrte sie sich vehement gegen eine zunehmende Kommerzialisierung der Medienlandschaft. Glotz hingegen gehörte zu den wenigen sozialdemokratischen Politikern, die sehr früh glaubten, dass es keine Alternative zur Entwicklung eines dualen Rundfunksystems geben werde. Als nach dem Regierungswechsel 1982 die Einführung des privaten Rundfunks zur Prämisse der Regierung Kohl wurde, unterzog er die Medienpolitik seiner Partei einer konsequenten Modernisierung und ebnete damit den Weg, der die Zustimmung auch sozialdemokratischer Bundesländer zum neuen Medienstaatsvertrag erst möglich machte.

In den medienpolitischen Auseinandersetzungen prallten verschiedene „Modernekonzepte“ aufeinander: Das konservative Konzept der „technischen Moderne“ traf auf das sozialdemokratische Modell einer „moralischen Moderne“.⁶ Während sich CDU/CSU in diesen Debatten als moderne Innovationsbefürworter erfanden, die vehement die Einführung des dualen Rundfunksystems forderten, tat sich die SPD mit einer Entscheidung schwer. Als „Fortschrittspartei“ konnte und wollte sie natürlich die technische Entwicklung

-
- 4 Harold D. Lasswell, „The Structure and Function of Communication in Society“, in: Lyman Bryson (ed.), *The Communication of Ideas. A Series of Addresses*, New York 1960 (Reprint), S. 117 (erstmalig 1948).
 - 5 Frank Bösch, „Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52, 2012, S. 191–210, hier S. 192.
 - 6 Frank Bösch, „Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung“, a.a.O., S. 195f.; Peter M. Spangenberg, „Der unaufhaltsame Aufstieg zum ‚Dualen System‘. Diskursbeiträge zu Technikinnovation und Rundfunkorganisation“, in: Irmela Schneider/Christina Bartz/Isabell Otto (Hrsg.), *Medienkultur der 70er Jahre. Diskursgeschichte der Medien nach 1945*, Bd. 3, Wiesbaden 2004, S. 21–39, hier S. 23.

nicht grundsätzlich ablehnen, dennoch versuchte sie das öffentlich-rechtliche Rundfunkmonopol mit eher konservativen Argumenten zu verteidigen. Beide Parteien attestierten dem Rundfunk die Fähigkeit, die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu verändern. Die Sozialdemokraten erwarteten eher einen gesellschaftlichen Wandel, während die Unionsparteien mit dem privaten Rundfunk die Hoffnung verband, Meinungen und Wahlergebnisse zu verbessern. Dadurch wurde Medienpolitik zu einem der zentralen Themen der siebziger und achtziger Jahre.⁷

„Medienpolitik ist jenes Handeln, welches auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln und Entscheidungen über Medienorganisationen und die massenmediale öffentliche Kommunikation abzielt.“⁸ Die enorme Bedeutung der Medien für Politik und Gesellschaft ist evident. Die Menschen verbringen mittlerweile einen Großteil ihrer Zeit (neben Essen und Schlafen) mit Medien und strukturieren auch ihre zeitlichen Abläufe dahingehend. Niklas Luhmann hat die Bedeutung der Medien in einem seiner Hauptwerke prägnant beschrieben: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“⁹ Da es den Parteien in Demokratien vor allem um die Vermittlung und Durchsetzung ihrer Ziele geht, sind sie in besonderem Maße von der Kooperation der Medien abhängig. Das politische System ist auf den Austausch mit seiner Umwelt angewiesen.¹⁰

Die vorliegende Arbeit folgt dabei der Definition von Jarren/Donges¹¹: „Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung und Artikulation politischer Interessen, ihrer Aggregation zu entscheidbaren Programmen sowie der Durchsetzung und Legitimierung politischer Entscheidungen – und somit kaum von Politik zu trennen.“ Medien werden heute gerne als „vierte Macht“ bezeichnet, neben Legislative, Exekutive und Judikative. Politiker und Medien sind gleichermaßen aufeinander angewiesen. Die Medien informieren Politiker über die Themen und Bedürfnisse, die die Gesellschaft beschäftigt, während die Politiker ihre Entscheidungen und Ziele über die Medien an die Öffentlichkeit bringen.¹² Die Öffentlichkeit wird durch Medien strukturiert und moderiert. Bourdieu erklärt die Macht der Medien oder, in seinen Worten, des „journalistischen Feldes“ damit, dass sie ein „faktisches Monopol über die Instrumente zur Herstellung und Verbreitung von Informationen“ besäßen und dadurch Zugang zur Öffentlichkeit hätten.

7 Vgl. auch Frank Bösch, „Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung“, a.a.O., S. 201.

8 Manuel Puppis, Einführung in die Medienpolitik, 2. Aufl., Konstanz 2010, S. 35.

9 Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, 2., erw. Aufl. Opladen 1996, S. 9.

10 Vgl. Edwin Czerwick, Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik, München 2011, S.119 f.

11 Otfried Jarren/Patrick Donges, Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung, 3., grundlegend überarb. u. akt. Aufl., Wiesbaden 2011, S. 28.

12 Vgl. Hermann Meyn/Jan Tonnemacher, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, 4., völlig überarb. Neuauf., Konstanz/München 2012, S. 223.

Sie übten Herrschaft dadurch aus, dass sie die „Verfügungsgewalt“ über die Mittel hätten, „sich öffentlich zu äußern, öffentlich zu existieren, gekannt zu werden, zu öffentlicher Bekanntheit zu gelangen“.¹³

Der Rundfunk erhält seine besondere Stellung daher, dass er eben nicht nur ein Wirtschaftsgut ist, sondern auch verfassungsrechtlich ein Träger der Informationsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes. Rundfunk wird in dieser Dissertation im Sinne eines Oberbegriffes für Fernsehen und Hörfunk genutzt¹⁴, jedoch konzentrierte sich die hier nachgezeichnete und analysierte Debatte vor allem auf das Fernsehen, da ihm die größere Wirkungskraft für die Politik zugeschrieben wurde. Hickethier beschreibt das Fernsehen als einen „Agent des sozialen Wandels“, als „Produkt der gesellschaftlichen Modernisierungen und zugleich Transmissionsriemen sozialer Veränderungen“.¹⁵ Das Fernsehen hatte sich in den siebziger Jahren schon zum Leitmedium entwickelt und war das Medium mit der größten Reichweite und dem höchsten Grad an Authentizität. Laut Kleinstauber wurde kein anderes Medium so intensiv genutzt und keines wirkte so „unmittelbar und glaubwürdig“. Es erlaubte die direkte Ansprache der Wähler und war für die Bürger eine der wichtigsten Quellen der politischen Information. Dadurch wurde das Fernsehen für die Politiker zum „ausschlaggebenden Faktor im politischen Willensbildungsprozess“.¹⁶

Nach Jarren/Donges werden Medien für die politischen Akteure immer stärker zur „Voraussetzung für deren Informations- und Kommunikationspraxis“, da es ohne Medien „keine anhaltende, stabile Kommunikation“ zwischen Politik und Bürgern mehr gebe.¹⁷ Ziel der politischen Akteure ist es dabei, die eigenen Themen und Deutungen durchzusetzen und die Zustimmung der Wähler zu der eigenen Politik zu erhalten.¹⁸ Durch die „Medialisierung“ der politischen Kommunikation wird die politische Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer „Struktur, der Inhalte und der Prozesse weitgehend medial“ beeinflusst.¹⁹

Die politischen Parteien sind für die Medienpolitik besonders relevant, da sie in Parlamenten und Regierungen, in der Rundfunkaufsicht oder in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vertreten sind. Auch verlaufen mögliche Konfliktlinien zum Teil innerhalb von Parteien, beispielsweise zwischen

13 Pierre Bourdieu, Über das Fernsehen, Frankfurt a.M. 1998, S. 65 f.

14 Vgl. Rudolf Stöber, Mediengeschichte. Die Evolution „neuer“ Medien von Gutenberg bis Gates. Eine Einführung, Bd. 2: Film, Rundfunk, Multimedia, Wiesbaden 2003, S. 73.

15 Knut Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens, Stuttgart/Weimar 1998, S. 1.

16 Hans J. Kleinstauber, Rundfunkpolitik in der Bundesrepublik. Der Kampf um die Macht über Hörfunk und Fernsehen, Opladen 1982, S. 96.

17 Otfried Jarren/Patrick Donges, Politische Kommunikation, a.a.O., 23.

18 Ebd., S. 25.

19 Vgl. ebd., S. 24.

Parteiorganisationen auf der Länder- und der Bundesebene.²⁰ Als medienpolitische Steuerungsinstrumente werden rechtliche Maßnahmen wie Gesetze oder Staatsverträge, wirtschaftspolitische Mittel wie Subventionen oder Infrastrukturleistungen sowie „informelle Formen der Beeinflussung“ genannt.²¹ Zwar gibt es für Medienpolitik keine eigenständigen Ressorts in Bund und Ländern, dennoch hat sie sich in den letzten Jahrzehnten zu einem bedeutsamen Politikfeld entwickelt. Aufgrund der Kulturhoheit der Länder sind medienpolitische Fragestellungen zwar in erster Linie von den Ländern zu klären, jedoch ist der Bereich der Telekommunikation dem Bund zuzurechnen.²² Daher gehörten zu den Entscheidungsprozessen, die zur Einführung des privaten Rundfunks geführt haben, auch Kompromisslösungen zwischen Bund und Ländern, die ein bundesdeutsches Spezifikum darstellen und die parteipolitischen Debatten zum Teil überlagerten.

Neben der politischen Bedeutung war auch die wirtschaftliche Dimension des Rundfunks relevant. Seit den siebziger Jahren kam es zu einer Expansion der Medienbranche. Grundlegende Strukturen des Medienmarktes veränderten sich, die Werbebranche boomte. Gleichzeitig wurden Forderungen nach einer stärkeren Förderung der deutschen Technologieentwicklung laut. Denn die finanziellen Möglichkeiten, die der Ausbau der neuen Technologien bot, vor allem im Rundfunkbereich, waren nicht zu unterschätzen. Unterdessen wurde den öffentlich-rechtlichen Sendern vorgeworfen, zu hohe Kosten zu produzieren und damit den Steuerzahler zu belasten. Die neuen privaten Sender schienen für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Relevanz. Schon seit Mitte der siebziger Jahre finden sich erste Beiträge zu einer Privatisierungsdiskussion²³, die sich um eine Antwort auf die wirtschaftliche Krise seit Beginn des Jahrzehnts bemühten. Zugleich waren sie eine Gegenstrategie zum sozialliberalen „Modell Deutschland“, das mit Konjunkturprogrammen, sozialen Reformen und einer Ausdehnung des Wohlfahrtsstaates die öffentlichen Haushalte zu überlasten schien. Die Konjunktur der keynesianischen Theorie, die vor allem von den Sozialdemokraten als Antwort auf die wirtschaftliche Krise

-
- 20 Vgl. Otfried Jarren/Patrick Donges, „Ende der Massenkommunikation – Ende der Medienpolitik?“, in: Hannes Haas/Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), *Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung*, 2. überarb. Aufl., Wien 2005, S. 87–105, hier S. 93 f.
- 21 Vgl. Otfried Jarren/Patrick Donges, „Ende der Massenkommunikation – Ende der Medienpolitik?“, S. 95.
- 22 Vgl. Manfred Mai, „Medienpolitik – Genese und Ausdifferenzierung eines Politikfeldes“, in: Katharina Holzinger/Christoph Knill/Dirk Lehmkuhl (Hrsg.), *Politische Steuerung im Wandel. Der Einfluss von Ideen und Problemstrukturen*, Opladen 2003, S. 219–239, hier S. 219.
- 23 Vgl. Hartmut Tofaute, *Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Übertragung öffentlicher Leistungen und Funktionen auf Private (Privatisierung). Eine Darstellung politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und arbeitnehmerorientierter Gesichtspunkte*, Frankfurt a.M. 1977; Rainer Pausch, *Privatisierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundespost*, Göttingen 1978; Marcel Zumbühl, *Privatisierung staatlicher Wirtschaftstätigkeit, Notwendigkeit und Möglichkeiten?*, Zürich 1978.

gesehen wurde, ließ die Kritik an „zuviel Staat“ seitens der konservativen Opposition laut werden. Privatisierung und auch Deregulierungen hingegen zielten auf eine „Verschlankung des Staates“ ab. Unter Privatisierung ist „jede Form der Abgabe von Rechtsmacht durch den Staat zugunsten von Personen des Privatrechts“ zu verstehen, „wobei unter diese natürliche Personen und jede Art von privatrechtlich organisierten Rechtssubjekten ohne Rücksicht auf den Anteilseigner fallen“.²⁴ Die privaten Sender waren die „Vorreiter“ der ökonomischen Privatisierung, die zu einem der Leitmotive der Regierung Kohl wurde²⁵ – auch wenn in diesem Fall keine „echte“ Privatisierung vorlag, da die öffentlich-rechtlichen Sender weiter bestanden und nur durch private Sender ergänzt wurden. Von manchen Autoren wird hier von einer „unechten Aufgabenprivatisierung“ gesprochen, weil der Staat auch weiterhin seine „rechtlich definierte Garantstellung“ hinsichtlich der Grundversorgung des Rundfunks übernahm.²⁶ Zugleich förderte die Zulassung privater Sender jedoch zahlreiche neue Regulierungen.²⁷ Die vorliegende Arbeit leistet so auch einen Beitrag zur Geschichte der Privatisierung, die in den achtziger und neunziger Jahren sowohl in Deutschland als auch in anderen westeuropäischen Ländern zu einer wirtschaftlichen Prämisse wurde.

Daneben tragen die Geschichte des Rundfunks und der Medienpolitik zur weiteren Periodisierung der bundesrepublikanischen Geschichte bei. Wie der Medienhistoriker Wilke schreibt, ist die Geschichte des Rundfunks stark durch „das politisch-zeitgeschichtliche Umfeld geprägt worden und in dessen Phasenverlauf einzuordnen“.²⁸ Dabei orientiert sich die Studie im weitesten Sinne an der Phasenbildung Hickethiers, der chronologische, technische, medienpolitische und zeithistorische Anhaltspunkte genutzt hat, um seine Fernsehgeschichte in sechs Phasen zu gliedern:

1. Der Neubeginn (1948 bis 1954)
2. Die Industrialisierung der Fernsehproduktion (1954 bis 1962)
3. Zwischen Lebenshilfe und politischer Aufklärung (1963 bis 1973)
4. Im Vorfeld der Kommerzialisierung (1973 bis 1983)
5. Zeiten des Übergangs (1984 bis 1991)
6. Auf dem Wege zur Einheit (1989 bis 1991)²⁹

24 Jörn Axel Kämmerer, *Privatisierung. Typologie, Determinanten, Rechtspraxis, Folgen*, Tübingen 2001, S. 37.

25 Frank Bösch, „Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung“, a.a.O., S. 191.

26 Jörn Axel Kämmerer, *Privatisierung*, a.a.O., S. 27.

27 Frank Bösch, „Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung“, a.a.O., S. 192. Unter dem Begriff „Regulierung“ werden Handlungs- und Tätigkeitsverbote zur Steuerung des Verhaltens privater Wirtschaftssubjekte verstanden, vgl. Franz-Joseph Peine, „Grenzen der Privatisierung – verwaltungsrechtliche Aspekte“, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 50 (1997), S. 353–365, hier S. 353, 355.

28 Jürgen Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte*, a.a.O., S. 22.

29 Knut Hickethier, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, a.a.O.

Als grober Zeitrahmen für die folgende Analyse werden daher die letzten beiden Jahrzehnte der „alten“ Bundesrepublik herangezogen, zumindest bis ins Jahr 1987, als der neue Rundfunkstaatsvertrag unterzeichnet wurde. Dabei können die siebziger Jahre als Jahrzehnt der Debatten bezeichnet werden, während in den achtziger Jahren die Umsetzung und Akzeptanz des neuen Rundfunksystems erfolgte.

Damit historisiert die Dissertation auch die Phase, die als „Postmoderne“, als „Zweite Moderne“ oder als „Reflexive Moderne“ bezeichnet wird, einen Schub an Pluralisierung und Individualisierung mit sich brachte und die etablierten Parteien zunehmend irritierte. Gezeigt wird das Ringen um eine Neuorientierung und das Aushandeln von Werten. Überkommene Wertvorstellungen mussten überwunden werden. So ging es in den politischen Debatten auch um ein Neuverhandeln von Begriffen wie „Fortschritt“ oder „Konservatismus“ oder das Konzept des „mündigen Bürgers“. Die Bedeutung des „Besetzens von Begriffen“ für den politischen Erfolg von Parteien wurde in den siebziger Jahren im Zusammenhang mit der Modernisierung der CDU und der „konservativen Tendenzwende“ thematisiert. Es ging um die Wiedergewinnung der politischen Meinungsführerschaft, die die CDU an die SPD verloren zu haben glaubte. Als die SPD zu Beginn der achtziger Jahre an gesellschaftlichem Rückhalt verlor, wollte auch Peter Glotz das Konzept der „kulturellen Hegemonie“ im Sinne Gramscis für seine eigene Partei fruchtbar machen. Ebenso wie bei den Rundfunkdebatten ging es den politischen Parteien auch bei diesen Fragen vorwiegend um politischen Machtgewinn und –erhalt.

Die Debatte um die Einführung des privaten Rundfunks ist ein zentraler Bestandteil der deutschen Mediengeschichte. Neben der spezifisch deutschen muss jedoch auch die internationale Entwicklung an verschiedenen Stellen der Dissertation aufgegriffen werden.

Die Arbeit betrachtet die Vorgänge aus einer akteurszentrierten Perspektive. Der sozialdemokratische Medienpolitiker und Kommunikationswissenschaftler Peter Glotz (1939–2005) wird dabei in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt, sein Handeln wird in den Verlauf der Entwicklungen integriert.³⁰ Der narrative Ansatz wird in die medientheoretische Debatte eingebettet. Die Arbeit soll keine SPD-Geschichte im eigentlichen Sinne nachzeichnen, sondern betrachtet in erster Linie die parteipolitische Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien, zumal die kleineren Parteien FDP und die Grünen vor allem aus Gründen „mangelnder medienpolitischer Gestaltungsmöglichkeiten“ in dieser Phase keinen größeren Einfluss auf die

30 Vgl. den Ansatz bei Christian Herzog, „Vom öffentlich-rechtlichen Oligopol zum Dualen Rundfunksystem. Die Einführung des Privatfernsehens aus akteurszentrierter Perspektive“, in: Thomas Birkner/Maria Löblich/Alina Laura Tiews/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), *Neue Vielfalt. Medienpluralität und –konkurrenz in historischer Perspektive*, Köln 2016 S. 114–140.

Entwicklung nahmen.³¹ Dadurch werden die innerparteilichen Diskussionen der SPD, aber auch der CDU, die auf Parteitag, in den Medienkommissionen und in den verschiedenen Gremien der Parteien ausgetragen wurden, ein Schwerpunkt der Dissertation sein. Als weitere medienpolitische Akteure werden vor allem die Gewerkschaften, die beiden Kirchen, die öffentlich-rechtlichen Anstalten und Journalisten, die Zeitungsverleger und Filmemacher sowie, wenn es die Quellenlage hergab, auch Bürgerinitiativen betrachtet. Die Rolle des Publikums kommt dann zum Tragen, wenn es verwendbare Umfragen zu den einzelnen Themen gab. Jedoch ging es in den medienpolitischen Debatten ohnehin mehr um das Bild, welches die beteiligten Eliten von dem Publikum und seiner Meinung hatten und welches dann die politischen Handlungen beeinflusste.³² Insgesamt entwickelten sich die medienpolitischen Debatten dieser Jahre so zu einer Art Elitendiskussion zwischen den Parteien und anderen gesellschaftlich, wirtschaftlich und medienpolitisch relevanten Gruppen. Der deutschen Bevölkerung selber waren nämlich, so zeigten es verschiedene Umfragen dieser Jahre, die zusätzlichen Fernsehprogramme, die dank der neuen Rundfunktechnik ermöglicht wurden, nicht besonders wichtig.³³

Theoretisch greift die Arbeit, je nach Themenbereich, auf die jeweiligen, den Themen entsprechenden Theoriegebäude zurück und entspricht damit der Vorgehensweise, die auch Peter Glotz für seine wissenschaftlichen Arbeiten nutzte. Seine Werke waren nicht theoretisch durchkomponiert, sondern entstanden aus eigenen Beobachtungen und unter Zuhilfenahme jeweils entsprechender Theorien, ohne ein straffes methodisches Konzept vorzugeben. Da die vorliegende Arbeit sich an den für Glotz wichtigen Themen orientiert, bemüht sie sich auch, seiner Arbeitsweise zu folgen. Daher werden Theorien nur sparsam eingesetzt, um das Thema und vor allem seinen Schlüsselakteur nicht im Sinne eines „Prokrustesbett“ in ein zu starres Konstrukt zu sperren.

Die Dissertation ist in fünf Kapitel und weitere Unterkapitel gegliedert, die überwiegend der Chronologie der Ereignisse folgen. Das erste Kapitel beginnt mit einer biografischen Annäherung an Peter Glotz und stellt seine Verbindung zur Sozialdemokratie sowie sein Wirken als Politiker und Kommunikationswissenschaftler dar. Daran schließt sich die Beschreibung der Entwicklung der sozialdemokratischen Medien, ihrer Bedeutung für die Arbeiterbewegung sowie ihrer Krise seit den sechziger Jahren an (1.1). Einer der Hauptgründe für die Einführung des dualen Rundfunks waren die technischen Innovationen dieser Jahre, wie das folgende Unterkapitel zeigt, die vor allem für die erstmals die Regierung stellenden Sozialdemokraten eine große Herausforderung

31 Vgl. Alfred-Joachim Hermanni, *Medienpolitik in den 80er Jahren. Machtpolitische Strategien der Parteien im Zuge der Einführung des dualen Rundfunksystems*, Wiesbaden 2008, S. 23.

32 Vgl. die gleiche Vorgehensweise bei Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006, S. 18 f.

33 Vgl. Knut Hickethier, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, a.a.O., S. 326 f.

bedeuteten (1.2). Überdies wird der Blick auch auf die internationalen Entwicklungen gelenkt. In einem weiteren Unterkapitel werden im Sinne einer „Intellectual History“ die Debatten über das Zusammenspiel von Medien, Öffentlichkeit und Politikvermittlung dargestellt (1.3). Für die Politiker der beiden großen Parteien stand vor allem die Diskussion der „Theorie der Schweispirale“ von Elisabeth Noelle-Neumann im Mittelpunkt.

Das zweite Hauptkapitel beschäftigt sich mit den parteipolitischen Machtkämpfen um die Medien, die vor allem zwischen SPD und CDU/CSU ausgetragen wurden. Es ging um mehr Einfluss, um Sendezeiten, um Mitbestimmungsrechte in den Fernsehräten, um die Art der Berichterstattung über die Parteien oder einzelne Politiker. Anhand von drei Fallbeispielen – der Kampagne gegen den WDR (2.1), der Novellierung der bayerischen Rundfunkordnung (2.2) sowie den Auseinandersetzungen um den NDR (2.3) – wird gezeigt, auf welche Weise diese Machtkämpfe ausgetragen wurden.

Es folgt im dritten Kapitel eine Darstellung der medienpolitischen Positionen der SPD, bei der die Schwerpunkte auf den beiden Diskussionssträngen um die psychologischen Gefahren des Fernsehens (Abhängigkeit, Gewalt, Pornografie, 3.1) und die durch die Kommerzialisierung des Fernsehens erwartete Programmverflachung und Entpolitisierung liegen (3.2).

Das vierte Kapitel der Arbeit setzt bei dem Regierungswechsel von Schmidt zu Kohl ein und beschäftigt sich zunächst mit der christdemokratischen Medienpolitik. Es folgt eine Darstellung der beiden Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts, die das duale Rundfunksystem letztlich ermöglichten (4.1). Anschließend werden die vier Kabelpilotprojekte in Ludwigshafen, München, Berlin und Dortmund mit ihren verschiedenen Medienstrategien vorgestellt (4.2).

Das abschließende fünfte Kapitel beschäftigt sich mit der Veränderung der sozialdemokratischen Medienpolitik in den achtziger Jahren, die ganz wesentlich von Peter Glotz geprägt wurde, und versucht zu erklären, warum es zu diesem Wandel kam.

Da die Studie auch eine historisch-analytische, zeitgeschichtlich orientierte Sichtweise nutzt, stützt sie sich auf zum Teil noch kaum genutzte Archivakten. Im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) wurde der Nachlass von Peter Glotz ausgewertet, der gerade zum Thema der sozialdemokratischen Medienpolitik ausgesprochen umfangreich ist. Darüber hinaus wurden die Bestände der Medienkommission, der Bundestagsfraktion und des Parteivorstands sowie weitere Nach- und Vorlässe von sozialdemokratischen Politikern wie Willy Brandt oder Helmut Schmidt verwendet. Weitere wichtige gedruckte Quellen waren das umfangreiche sozialdemokratische Schrifttum, die Parteitagsprotokolle, die SPD-Jahrbücher, Regierungs- und Wahlprogramme sowie Pressemitteilungen. Aufseiten der Christdemokraten war vor allem der Bestand des Medienpolitikers Christian Schwarz-Schilling aufschlussreich, in dem die gesamten Akten der Medienkommission aus dieser Zeit zu finden

sind. Außerdem nutzt die Arbeit weitere gedruckte Quellen wie die ARD- und ZDF-Jahrbücher und ähnliche Veröffentlichungen aus dem Umfeld der öffentlich-rechtlichen Anstalten, der Kirchen und der Zeitungsverleger sowie Fachpublikationen aus den siebziger und achtziger Jahren. Verschiedene Zeitungen und Zeitschriften wurden schwerpunktmäßig ausgewertet, darunter vor allem der *Spiegel*, die *Zeit*, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, die *Frankfurter Rundschau (FR)*, die *Welt*, die *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, der *Vorwärts*, die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* und die *Neue Gesellschaft*. Schließlich wurden Pressedienste und Medien-Fachzeitschriften wie *epd/Kirche und Rundfunk*, *Funk-Korrespondenz*, *Rundfunk und Fernsehen* oder *Media Perspektiven* intensiv ausgewertet. Vervollständigt wurden die Informationen durch Zeitzeugeninterviews.

Zur Biografie von Peter Glotz liegen bislang noch wenige wissenschaftlichen Arbeiten vor.³⁴ Die vorliegende Dissertation ist jedoch die erste umfassende Arbeit zu Peter Glotz. Für biografische Daten konnte jedoch auf die Autobiografie des Politikers³⁵ sowie auf einige sehr aufschlussreiche Aufsätze³⁶ zurückgegriffen werden. Hilfreich waren zudem die zahlreichen publizistischen Arbeiten von Glotz selbst, die in der Arbeit analysiert werden³⁷, sowie neuere Sammelbände mit ausgewählten Texten.³⁸ Da Glotz ein Politiker war, der wissenschaftliche Schriften als eine Art der politischen Auseinandersetzung betrachtet hat, ist der Umfang seiner Publikationen enorm und konnte für

34 Zuletzt die Dissertation von Lars Tschirschwitz, *Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2017. Da die vorliegende Dissertation zu diesem Zeitpunkt jedoch schon an der Universität Erfurt eingereicht war, konnte auf die Arbeit von Tschirschwitz kein Bezug mehr genommen werden.

35 Peter Glotz, *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers*, Berlin 2005.

36 Wolfgang R. Langenbacher, „Peter Glotz. Festvortrag“, in: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), *Erfurter Universitätsreden. Sonderband im Gedenken an Peter Glotz*, S. 41–61; Dietmar Herz, „Das Anthemion und das ‚Streichholzthema‘ – Vorläufige Gedanken zu Peter Glotz’ Leben und politischem Denken“, in: *Sinn und Form* 5/2008; Michael Meyen, „Peter Glotz. Leben und Werk“, in: Wolfgang R. Langenbacher/Hans Wagner (Hrsg.), *Peter Glotz: Das Gespräch ist die Seele der Demokratie. Beiträge zur Kommunikations-, Medien- und Kulturpolitik*, Baden-Baden 2014.

37 Um nur einige zu nennen: *Die Jahre der Verdrossenheit. Ein Tagebuch ohne Rücksichten*, Stuttgart 1996; *Die Linke nach dem Sieg des Westens*, Stuttgart 1992; *Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken*, Berlin 1984; *Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981–1983*, Hamburg 1986; *Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen*, München 1982; *Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976–1978*, München 1979.

38 Peter Glotz, *Gelebte Demokratie*. a.a.O.; Wolfgang R. Langenbacher/Hans Wagner (Hrsg.), *Peter Glotz: Das Gespräch ist die Seele der Demokratie*, a.a.O.

die Dissertation umfanglich genutzt werden. Ergänzend wurde die umfangreiche Auswahl an Memoiren³⁹, Biografien⁴⁰ und Editionen verschiedener SPD- und CDU-Politiker herangezogen.

Zu Geschichte und Politik der Sozialdemokratie in den letzten beiden Jahrzehnten der „alten“ Bundesrepublik gibt es neben verschiedenen Überblicksdarstellungen⁴¹ mittlerweile auch einige detailliertere Arbeiten, die sich mit unterschiedlichen Einzelthemen auseinandersetzen, wie dem innerparteilichen Richtungsstreit zwischen Seeheimer Kreis und Neuer Linken⁴², der Debatte über die Nachrüstung⁴³ oder den SPD-Medien⁴⁴.

Die Medienpolitik der Partei wird für diesen Zeitraum bislang als Teil einer Arbeit von Alfred-Joachim Hermanns beschrieben⁴⁵, der jedoch als ehemaliger Leiter der Abteilung Medienpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle eher als Zeitzeuge einzuordnen ist. Auch konnte an einige sehr gute Arbeiten zum Ver-

-
- 39 Vgl. u.a. Egon Bahr, Das musst du erzählen. Erinnerungen an Willy Brandt, Berlin 2014; Willy Brandt, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G“, Berlin 1989; Horst Ehmke, Mit-tendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994; Erhard Eppler, Links leben, Berlin 2015; Helmut Schmidt, Außer Dienst. Eine Bilanz, München 2008; Hans-Jochen Vogel, Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre, München/Zürich 1996; Helmut Kohl, Erinnerungen, München 2014.
- 40 Vgl. u.a. Helga Grebing, Willy Brandt. Der andere Deutsche, München 2008; Torben Lütjen, Karl Schiller (1911–1994). „Superminister“ Willy Brandts, 2. Aufl., Bonn 2008; Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, München 2013; Hartmut Soell, Helmut Schmidt. Bd. 2, 1969 bis heute. Macht und Verantwortung, München 2008; Heribert Schwan/Tilman Jens, Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, 3. Aufl., München 2014; Hans-Peter Schwarz, Helmut Kohl, München 2014.
- 41 Vgl. u.a. Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992; Gerard Braunthal, The German Social Democrats Since 1969. A Party in Power and Opposition, 2nd ed., Boulder/San Francisco/Oxford 1994; Heinrich Potthoff/Susanne Miller, Kleine Geschichte der SPD. 1848–2002, 8., akt. und erw. Auflage, Bonn 2002; Franz Walter, Die SPD. Biographie einer Partei, überarb. und erw. Taschenbuchausgabe, Reinbek bei Hamburg 2018; Anja Kruke/Meik Woyke (Hrsg.), Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung. 1848–1863–2013, 2. Aufl., Bonn 2013; Detlef Lehnert (Hrsg.), SPD und Parlamentarismus. Entwicklungslinien und Problemfelder 1871–1990, Köln u.a. 2016.
- 42 Annekathrin Gebauer, Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden 2005.
- 43 Jan Hansen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987), Berlin 2016.
- 44 Jens Scholten, Zwischen Markt und Parteiräson. Die Unternehmensgeschichte des „Vorwärts“ 1948 bis 1989, Essen 2008.
- 45 Alfred-Joachim Hermanns, Medienpolitik in den 80er Jahren. Machtpolitische Strategien der Parteien im Zuge der Einführung des dualen Rundfunksystems, Wiesbaden 2008.

hältnis von Politik, Massenmedien und Öffentlichkeit angeknüpft werden.⁴⁶

Darüber hinaus konnten für die Arbeit verschiedene Überblicksdarstellungen zur Geschichte des Rundfunks⁴⁷ sowie auf die einschlägigen Überblickswerke zur deutschen Geschichte⁴⁸ und zur Kultur- und Mediengeschichte⁴⁹ genutzt werden. Auf dem Gebiet der Kommunikationswissenschaften befassen sich einige Beiträge⁵⁰ mit der Einführung des dualen Rundfunks, seinen Auswirkungen auf den Rundfunkmarkt oder auch den damit verbundenen technischen Neuerungen, wie überhaupt die Fachliteratur aus dem Kommunikations- und medienwissenschaftlichen Bereich⁵¹ intensiv genutzt wurden, nicht nur für die theoretischen Fragen der Arbeit.

-
- 46 Daniela Münkel, Willy Brandt und die „vierte Gewalt“. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a.M./New York 2005; Friedhelm Boll, Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien. Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen, Bonn 2002; Thomas Birkner, Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien, Bremen 2014; Christina von Hodenberg, Konsens und Krise, a.a.O.; Bernd Weisbrod (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003.
- 47 Vgl. Knut Hackethler, Geschichte des deutschen Fernsehens, a.a.O.; Peter J. Humphreys, Media and Media Policy in West Germany. The Press and Broadcasting since 1945, New York 1990; Konrad Dussel, Deutsche Rundfunkgeschichte, 3., überarb. Aufl., Konstanz 2010.
- 48 Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M. 2004.
- 49 Vgl. u.a. Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, München 2009; Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Protest und Anpassung 1968–1989, Frankfurt a.M. 1990; Jürgen Wilke (Hrsg.), Mediengeschichte, a.a.O.; Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.), Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts, Köln/Weimar/Wien 2010; Werner Faulstich (Hrsg.), Die Kultur der 80er Jahre, München 2005; Irmela Schneider/Christina Bartz/Isabell Otto (Hrsg.), Medienkultur der 70er Jahre, Diskursgeschichte der Medien nach 1945, Bd. 3, Wiesbaden 2004.
- 50 Vgl. u.a. Wiebke Bomas, Der duale Rundfunk. Seine Bedeutung für die Entwicklung des Rundfunkmarktes, Köln 2005; Michael Jäckel/Hans-Bernd Brosius (Hrsg.), Nach dem Feuerwerk. 20 Jahre duales Fernsehen in Deutschland. Erwartungen, Erfahrungen und Perspektiven, München 2005; Dieter Klumpp, Technikwandel und Volksparteien. Die technologisch-politischen Strategien von SPD und CDU in der Diskussion über den Ausbau des technischen Kommunikationssystems, Berlin, Freie Univ., Diss., 1994.
- 51 Vgl. u.a. Hermann Meyn/Jan Tonnemacher, Kommunikationspolitik in Deutschland. Eine Einführung, 4., völlig überarb. Neuaufl., Konstanz/München 2012; Matthias Karmasin/Matthias Rath/Barbara Thomaß (Hrsg.), Kommunikationswissenschaft als Integrationsdisziplin, Wiesbaden 2014; Otfried Jarren/Patrick Donges, Politische Kommunikation, a.a.O.; Markus Brehmer/Friedrich Krotz/Rudolf Stöber/Carsten Winter (Hrsg.), Medienentwicklung und gesellschaftlicher Wandel. Beiträge zu einer theoretischen und empirischen Herausforderung, Wiesbaden 2003.